30.3.2022

Hilfe für Flüchtlinge, Entlastung für die Menschen bei den Energiepreisen – die Landesregierung handelt mit einem 9-Punkte-Paket

Die Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern verurteilt den Angriff Russlands auf die Ukraine auf das Schärfste. Er hat zu großem Leid in der Ukraine geführt. Menschen sind gestorben, bedroht, verängstigt oder auf der Flucht. Die Landesregierung fordert, dass Russland seinen Angriff abbricht und an den Verhandlungstisch zurückkehrt.

Mecklenburg-Vorpommern steht an der Seite der Menschen in der Ukraine. Und wir sind zur humanitären Hilfe bereit – vor Ort und für Flüchtlinge, die aus der Ukraine zu uns nach Mecklenburg-Vorpommern kommen. Das ist ein Gebot der Menschlichkeit.

Der russische Angriff auf die Ukraine ist weltweit auch mit schwerwiegenden wirtschaftlichen Folgen verbunden. Das ohnehin schon bestehende Problem steigender Energiepreise hat sich weiter verschärft. Deshalb unterstützt die Landesregierung alle Anstrengungen des Bundes, die Bürgerinnen und Bürger bei den Energiekosten zu entlasten. Die Landesregierung begrüßt auch, dass der Bund Vorsorgemaßnahmen trifft für mögliche Energieengpässe, wie heute durch die Ausrufung der Frühwarnstufe für die Gasversorgung.

Unser Land ist Vorreiter bei der Energiewende in Deutschland. Schon heute produziert unser Land fast doppelt so viel Strom aus erneuerbaren Energien, wie bei uns verbraucht wird. Der Ausbau der erneuerbaren Energien muss weiter beschleunigt werden. Zugleich gilt es, den Klimaschutz im Land weiter voranzubringen. Das ist gut für die Umwelt und eröffnet unserem Land neue wirtschaftliche Perspektiven.

Konkret hat sich die Landesregierung auf die folgenden 9 Punkte verständigt:

I. MV stellt 322 Millionen Euro für Hilfen für Flüchtlinge, humanitäre Hilfe und Integration in diesem und nächsten Jahr zur Verfügung:

1. **Aufnahme von Kriegsflüchtlingen:** MV hat im letzten Jahr für die **Aufnahme, Unterbringung, Verpflegung und Gesundheitsversorgung** von Geflüchteten 110 Millionen Euro bereitgestellt. Dieser Ansatz wird in diesem Jahr auf 150 Millionen Euro angehoben und für 2023 mit 120 Millionen Euro eingeplant. Damit stehen in diesem und nächsten Jahr insgesamt 50 Millionen Euro mehr zur Verfügung. MV übernimmt dabei als eines von nur drei Bundesländern diese Kosten für die kommunale Ebene vollständig.

2. **Humanitäre Hilfe und Integration:** Der Integrationsfonds aus dem insbesondere Hilfen aus der Zivilgesellschaft unterstützt werden können, soll in dieser Legislaturperiode auf 10 Millionen Euro verdoppelt werden. Das heißt in diesem und im nächsten Jahr stehen dann dafür jeweils 2 statt bisher 1 Million Euro bereit. Mit dem Integrationsfonds fördert das Land über die Kommunen Vorhaben und Projekten, die der gesellschaftlichen Integration der Kriegsvertriebenen und Geflüchteten sowie dem Zusammenleben mit der einheimischen Bevölkerung im Land dienen. Künftig sollen diese Mittel auch für Initiativen für humanitäre Hilfe vor Ort in der Ukraine eingesetzt werden können. Den vielen Initiativen und Vereine im Land, die eigene Hilfsaktionen für die Menschen in der Ukraine und für Flüchtende aus

der Ukraine starten, steht außerdem die Ehrenamtsstiftung MV als Partnerin zur Seite. Das Land selbst stellt zudem aus seinen Beständen Material für humanitäre Hilfe bereit. Das gilt insbesondere für medizinische Schutzausrüstung, die zentral koordiniert vom Bund abgerufen und verteilt werden kann. Auch die Universitätsmedizinen in Rostock und Greifswald leisten Hilfe und haben dazu bereits medizinisch-technische Gerätschaften sowie Medizin- und Hygieneprodukte und Kleidung in die Ukraine abgegeben.

3. **Schul- und Kitaprogramm:** Zur Betreuung und Bildung der Kinder insbesondere zur Sprachvermittlung und zur besonderen Unterstützung, gerade auch durch die Beschäftigung von Lehrerinnen und Lehrern und Erzieherinnen und Erziehern aus der Ukraine und damit auch zur Unterstützung des Arbeitsmarktprogramms stellt MV in diesem Jahr zusätzlich 18 Millionen Euro und im nächsten Jahr 25 Millionen Euro zur Verfügung.

4. **Arbeitsmarktprogramm:** Zur Unterstützung von Schutz und Integration über Beschäftigung stellt MV über die Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit hinaus 5 Millionen Euro zur Verfügung. Finanziert wird ein Paket zur fairen Arbeitsmarktintegration, insbesondere durch gezielte Beratung, Sensibilisierung und Information von Unternehmen und Geflüchteten. Da sehr viele Mütter mit ihren Kindern kommen, sind insbesondere die Organisation und Unterbringung der Kinder in den Schulen und Kitas wichtig und notwendig, damit die Frauen arbeiten können. Überall sind Fachkräfte gefragt: im Tourismus, Ärztinnen und Ärzte, Lehrerinnen und Lehrer für die ukrainischen Kinder und ebenso Erzieherinnen und Erzieher, Erntehelfer usw. Die Möglichkeiten sind gut, wenn Arbeitsmarkt, Schule und Kita integriert organisiert werden. Gleichzeitig ist es ein wichtiges Anliegen der Landesregierung, eine Erwerbstätigkeit entsprechend des jeweiligen Bildungs- und Berufsabschlusses zu ermöglichen und von vornherein präventiv Ausbeutung und unterwertiger Beschäftigung entgegenzuwirken.

II. MV sichert 230 Millionen Euro zur Mitfinanzierung der von der Bundesregierung beschlossenen Energiepreisentlastung für weitere konkrete Hilfen für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen:

Die Bundesregierung hat zwei große Entlastungspakete für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen zur Entlastung angesichts der hohen Energiepreise verabschiedet. MV hat sich frühzeitig für eine solche Entlastung eingesetzt. Es unterstützt die Entlastungspakete trotz Mindereinnahmen für das Land und ergänzt diese darüber hinaus mit eigenen Maßnahmen:

5. Der Bund hat am 23. Februar 2022 weitgehende **Entlastungsmaßnahmen** beschlossen, **die vor allem auch Menschen mit niedrigeren Einkommen helfen**, wie z.B. die Anhebung des Grundfreibetrags und des Arbeitnehmerpauschbetrags, der Fernpendlerpauschale und des Heizkostenzuschusses. Im Paket sind auch Entlastungen für die Unternehmen wie die erweiterte Verlustverrechnung oder auch die Verlängerung der degressiven Abschreibung um ein Jahr enthalten. Das Entlastungspaket wird im Landeshaushalt zu Mindereinnahmen in Höhe von rund 53 Millionen Euro in 2022 und rund 62 Millionen Euro in 2023 führen und so durch das Land mitfinanziert.

Die Entlastungsmaßnahmen führen beispielsweise dazu, dass sich für einen Single der Betrag, bis zu dem keine Steuern zu zahlen sind, um 363 Euro auf 10.347 Euro erhöht. Ein gering verdienendes Ehepaar mit einem Jahreseinkommen von 20.694 Euro zahlt ebenfalls keine Einkommensteuern mehr.

Ein Tischlergeselle, der täglich von Grabow nach Schwerin pendelt, kann durch die geplanten Entlastungen etwa 150 Euro sparen.[1]

Von der Anhebung des Arbeitnehmer-Pauschbetrages profitiert jede zweite Arbeitnehmerin und jeder zweite Arbeitnehmer, insgesamt rund 300.000 Beschäftigte in Mecklenburg-Vorpommern.

Der Entlastungseffekt durch die Verlängerung der degressiven Abschreibung zeigt sich beispielsweise daran, dass ein Dachdecker, der sich einen neuen, umweltfreundlichen Transporter zulegen möchte, über 2.000 Euro aufgrund dieser Maßnahme sparen kann.[2]

6. **Weitere Entlastungsmaßnahmen**: Im Koalitionsausschuss vom 24.3.2022 hat der Bund weitere Entlastungsmaßnahmen beschlossen, wie die Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro als Zuschuss zum Gehalt, den Familienzuschuss in Höhe von 100 Euro je Kind, die Einmalzahlung für Empfängerinnen und Empfänger von Transferleistungen in Höhe von 100 Euro, die Absenkung der Energiesteuer für Kraftstoffe für 3 Monate sowie das 9 €/Monat-Ticket für 90 Tage im ÖPNV. Bisher ist davon auszugehen, dass MV diese Entlastungsmaßnahmen mit einem Betrag von **105 Millionen Euro** mitfinanzieren wird.

   Von der Zahlung der Energiepreispauschale profitieren in Mecklenburg-Vorpommern ca. 615.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte und ca. 12.000 Selbständige; insgesamt ca. 627.000 Einwohner in MV.

   So wird beispielswiese eine fünfköpfige Familie aus Rostock, in der beide Elternteile erwerbstätig sind, durch die Energiepreisprämie und den Familienzuschuss mit 900 Euro unterstützt.

   Außerdem können Bürgerinnen und Bürger auch von dem 9-für-90-Ticket und der Senkung der Energiesteuer profitieren.

7. **Energiespar- und Klimaschutzprogramm für Bürgerinnen und Bürger**: Mit einem unbürokratischen Förderprogramm– das die geplanten Bundesprogramme ergänzen soll - sollen private Haushalte dabei unterstützt werden, ihren Energiebedarf stärker über Photovoltaikanlagen zu decken und bestehende Öl- und Gasheizungen umzurüsten. Dafür sollen insgesamt 10 Millionen Euro zur Verfügung stehen.

[1] Ausgehend vom Durchschnittseinkommen eines Tischlergesellens in MV i. H. v. 27.348 Euro.
[2] Ausgehend vom Durchschnittlichen Verdienst eines Dachdeckermeisters und einem e-Crafter bzw. eTGE.

8. **Azubiticket, Seniorenticket, landesweites Rufbussystem:** MV arbeitet an einem möglichst schnellen Start des Seniorentickets und des landesweiten Rufbussystems, um den Menschen in MV die Nutzung des ÖPNV besser zu ermöglichen und die Senioren weiter zu entlasten. Die Landesregierung steht außerdem zu ihrer Zusage, das Azubiticket fortzuführen und die Finanzierung dauerhaft abzusichern. Der Landesregierung ist dabei das enge Zusammenspiel mit den kommunalen Aufgabenträgern und Verkehrsunternehmen wichtig. Die Landesregierung plant hierfür im Doppelhaushalt 2022/23 die erforderlichen Mittel bis zur Höhe von insgesamt 35 Millionen Euro ein.

9. **Unterstützung für die Wirtschaft:** Die Landesregierung erhöht den **Bürgschafts- und Garantierahmen im Interesse der gewerblichen Unternehmen** um über 225 Millionen Euro auf insgesamt 2,26 Milliarden Euro. Damit steht ein freies Volumen von rund 600 Millionen Euro zur Verfügung, um einen Beitrag leisten zu können, Unternehmen finanziell abzusichern, die von den Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine betroffen sind.

Alle Zahlen haben vorläufigen Charakter, da die weitere Entwicklung nicht absehbar ist. Zudem sind die Ausgaben für Flüchtende und die Finanzierung der Entlastungsmaßnahmen noch Gegenstand von Verhandlungen zwischen Bund und Ländern.